

Ideologische Muster erkennbar – Kleine Anfragen in Sachsen-Anhalt

Knut Bergmann / Armin Mertens, 17.08.2026

Eine Auswertung der Kleinen Anfragen im Landtag von Sachsen-Anhalt zeigt: Bei der AfD dominieren thematisch Migration und innere Sicherheit. Im Bildungsbereich treten ideologische Muster hervor – bei insgesamt hoher thematischer Kontinuität.

Seit der Thüringer Innenminister Georg Maier im Oktober 2025 öffentlichkeitswirksam die Vermutung anstellte, dass parlamentarische Anfragen der AfD der Ausforschung von Infrastruktur zugunsten Russlands dienten, wurde das Thema wiederholt politisch und medial aufgegriffen. Medienrecherchen zeigen, dass AfD-Fraktionen seit 2020 über 7.000 sicherheitsrelevante Anfragen zu kritischer Infrastruktur, Militärtransporten und Polizei-IT eingereicht haben (Eberle / Stotz, 2025).

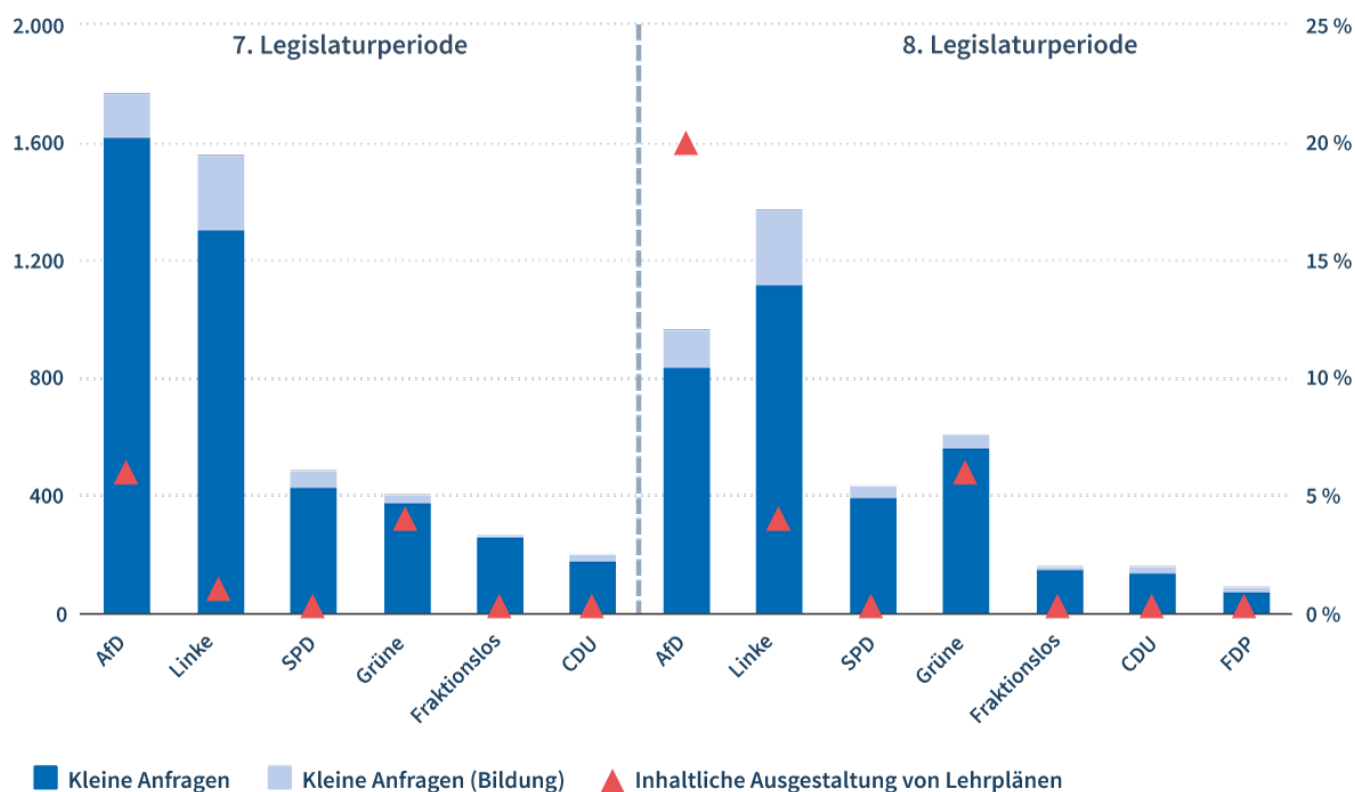
Insbesondere mit Blick auf Sachsen-Anhalt, wo eine absolute Mehrheit der Mandate für die vom dortigen Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Partei bei der Landtagswahl am 6. September 2026 nicht auszuschließen ist, wird darüber debattiert, welche Folgen eine entsprechende Landesregierung zeitigen könnte. Genannt wird vor allem die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages, aber auch negative Auswirkungen in Bereichen, die vornehmlich in die Kompetenz der Bundesländer fallen – Bildung, Kultur und innere Sicherheit. Das Instrument der Kleinen Anfrage werde genutzt, um politische Maßnahmen nach einer Regierungsübernahme vorzubereiten – beispielsweise hinsichtlich der Aktivitäten sachsen-anhaltischer

Hochschulen bei vermeintlich „woken“ Themen (Argawala / Spiewak, 2026). Schon vor einigen Jahren wurde in einer qualitativen Untersuchung Kleiner Anfragen der AfD zur Geschlechterforschung in verschiedenen Landtagen und im Deutschen Bundestag zwischen 2015 und 2019 herausgearbeitet, dass die Partei das Instrument systematisch eingesetzt hat, um das Forschungsfeld zu diskreditieren (Bereswill et al., 2021).

Dazu passt, dass eine Untersuchung zum politischen Wirken der AfD in Landtagen zu dem Ergebnis kam, dass das Instrument weniger auf die Regierungskontrolle als auf aufmerksamkeitsorientierten Protest abzielt (Schroeder et al., 2018). In derselben Studie stach Sachsen-Anhalt aufgrund des hohen Anteils von entsprechenden parlamentarischen Aktivitäten der AfD heraus, deren Fraktion im Untersuchungszeitraum fast 45 Prozent der Kleinen Anfragen stellte (ebd., S. 105).

Der für die vorliegende Studie ausgewertete Datensatz umfasst 8.445 Kleine Anfragen in der 7. und 8. Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt zwischen dem 12. April 2016 und dem 16. Juni 2026. Davon entfielen mit insgesamt 2.743 knapp ein Drittel auf die AfD – nach der Linken der zweithöchste Anteil. In der 7. Wahlperiode zwischen 2016 und 2021 stammten 1.773 Anfragen von der AfD, in der noch laufenden Wahlperiode sind es 970. Im Wahljahr 2026 scheint die AfD Kleine Anfragen offensiver einzusetzen: Im ersten Halbjahr hat sie

Anzahl Kleine Anfragen in Sachsen-Anhalt



gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr die Anzahl von 58 auf 111 gesteigert, was einem Zuwachs von 91 Prozent entspricht. Damit hat die Partei 2026 sogar die bisherige „Anfragenkönigin“ Die Linke überholt hat.

Eine Begrenzung der Untersuchung liegt in ihrem quantitativen Angang – um ein Politikfeld so auszuleuchten, dass sich die Ergebnisse einer Anfrage nach einer möglichen Regierungsübernahme strategisch nutzen lassen, reicht theoretisch eine einzige Anfrage. Dies gilt umso mehr als Kleine Anfragen bzw. die Antworten darauf oft sehr lang ausfallen können; die umfangreichste Antwort umfasste sage und schreibe 7.781 Seiten (Anfrage der AfD zu „Kriminalität in Halle (Saale) und Merseburg“ 12. Oktober 2023). Zudem können Antworten mit sensiblen Inhalten klassifiziert werden (LVerfG, 17. September 2013 Az. LVG 14/12), wobei solche zu Themen, die etwa zu einer Neuausrichtung von Forschungsschwerpunkten von Hochschulen genutzt werden könnten, kaum Gegenstand einer solchen Einstufung werden könnten.

Hauptthemen Innere Sicherheit und Migration

Für die Analyse der Themengebiete wurden die Stichwörter ausgewertet, die vom sachsen-anhaltischen Landtag jeder Kleinen Anfrage zugewiesen werden. Inhaltlich verwandte Stichwörter wurden zu übergeordneten Themenfeldern zusammengefasst. Insgesamt erweisen sich Innere Sicherheit und Migration als die mit Abstand häufigsten Themen. Das deckt sich mit dem bundesweit belegten Muster der Kompetenzbehauptung der Partei auf diesen Politikfeldern (Schroeder et al., 2018). Innerhalb dieses Fokus haben die Themen Polizei und (Links-)Extremismus an Gewicht gewonnen; dazu kommen Anfragen zu den Themen Schule und Kindern / Jugendliche. Der zwischenzeitliche Anstieg beim Thema Gesundheitsschutz erweist sich bei jahresweiter Betrachtung als ein Effekt der Corona-Pandemie; hierbei handelt es sich um die Zeitspanne 2020 bis 2022 und fällt danach wieder auf das Vorpandemie-Niveau zurück. Insgesamt erweisen sich die entsprechenden Aktivitäten der Partei über den Untersuchungszeitraum als programmatisch stabil, wobei es teils graduelle Verschiebungen gab.

Interessant ist, dass die AfD bei Anfragen, die mit konkreten Orten verbunden sind, häufig an konfliktive Frames – etwa Schulaufsicht, Förderrecht oder Windenergie – koppelt, während die Regierungsfractionen solche Anfragen eher technisch-nüchtern stellten. Beispiele dafür sind Anfragen zu einer Brücke im Jerichower Land, der Schulsozialarbeit in Badersleben oder einem Windenergie-Vorranggebiets bei Güterglück. Dieser Befund für Sachsen-Anhalt passt zu dem älteren Resultat aus anderen Bundesländern, nach dem die AfD als Partei des bewegungsorientierten Typs eingeordnet wurde; sie begreift das Parlament als Bühne, um Anhänger zu mobilisieren (Schroeder et al., 2018).

Beim Thema Bildung ideologisches Muster erkennbar

Für kleine Anfragen aus dem Themenbereich Bildung wurde zusätzlich manuell überprüft, ob sie jeweils auf die inhaltliche Ausgestaltung von Lehrplänen abzielen. Hierunter fallen beispielsweise die Vermittlung von Familienbildern oder Geschlechtsidentitäten in Grundschulen (AfD), Anfragen der Linken zu militärrelevanter Forschung an Hochschulen oder der Grünen zu Nachhaltigkeitsthemen.

Im Untersuchungszeitraum waren etwa 12% aller Anfragen dem Thema Bildung gewidmet, wobei die meisten von der Partei Die Linke stammten (7. Wahlperiode: 255 – 16% / 8. WP: 256 – 19%). Darauf folgt die AfD (7. WP: 150 – 8% / 8. WP: 130 – 13%). Bei ersterer handelt es sich programmatisch wenig überraschend vor allem um Themen, die unter den Oberbegriff „Versorgung“ subsummiert werden können, wie etwa die Verwendung von Fördermitteln, Unterrichtsversorgung und -ausfall oder Hitzeschutz. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Grünen, wobei sich diese Versorgungsfragen auch bei der AfD finden (Personalausstattung, Einsatz von Fördermitteln und Sondervermögen). Politisch bzw. gesellschaftlich kontroverse Inhalte der AfD-Anfragen im Bildungsbereich werden erkennbar durch Themen wie Schulpflicht bzw. Homeschooling und in der Zunahme von Anfragen zu konkreten Inhalten in Lehrplänen und Forschungsangeboten. Derer gab es insgesamt 37 (10 in der 7. und 27 in der 8. WP), beispielsweise zur Vermittlung von Familienbildern in Grundschulen, dem Holocaust als Unterrichtsthema, sexueller

Bildung und Geschlechtsidentitäten, Lektüre im Deutschunterricht oder Russischunterricht an Schulen sowie postkolonialen Studien an Hochschulen. Bei der Linken waren es lediglich 8 Anfragen, etwa zu tierversuchsfreier Lehre und militärrelevanter Forschung an Hochschulen oder dem Thema Bundeswehr in Schulen. Ein ideologisch zurechenbaren Nachhaltigkeitsfokus wiesen bei den Grünen nur 4 Anfragen auf.

Fazit

Kleine Anfragen sind in Sachsen-Anhalt ein stark oppositionell geprägtes Instrument: Die Linke nutzt es vor allem zur kontinuierlichen Verwaltungs- und Sozialstaatsbeobachtung, die AfD stärker zur Skandalisierung von Migration, Sicherheit, Verwaltungshandeln und lokalen Konflikten. Die AfD-Anfragen selbst zeigen über beide Wahlperioden hinweg ein hohes Maß an thematischer Kontinuität; bei den inhaltlich stärker ausgeleuchteten Anfragen im Bereich Bildung wird ein ideologisches Muster erkennbar.

Literatur

Argawala, Anant / Spiwak, Martin 2026. Im Versuchslabor der AfD, in: Die Zeit Nr. 22, 13. Mai 2026, S. 29

Bereswill, Mechthild / Ehlert, Gudrun / Neuber, Anke, 2021, Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung, in: GENDER, Sonderheft 6, S. 108–122

Eberle, Lukas / Stotz, Patrick, (2025). Energie, Militär, Rüstung – AfD stellt Tausende Anfragen in Landtagen, in Der Spiegel, Nr. 48, 20. November 2025

Landtag von Sachsen-Anhalt / PADOKA – Parlamentsdokumentation: Drucksachen der 7. und 8. Wahlperiode, <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/>

Schroeder, Wolfgang / Weißels, Bernhard / Berzel, Alexander, 2018, Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Nr. 1, S. 91–110